Niederschrift Gemeinde Hesel

über die **öffentliche Sitzung des Gemeinderates Hesel** (XII/HES-Rat/**04**) am Donnerstag, 30.06.2022 in 26835 Hesel**, Rathausstraße 14 (Rathaus, Sitzungssaal)**

Beginn: 20:00 Uhr, Ende: 21:17 Uhr

Anwesenheit:

stimmberechtigte Mitglieder

Werner Baumann
Anita Berghaus
Jan Boelsems
Karsten Bruns
Gerd Dählmann
Lars Dominik
Siglinde König
Holger Minor
Melanie Nonte
Andreas Pfaff
Johann Rademacher
Günter Saathoff-Kettwig

Von der Verwaltung

Andrea Nannen

Niederschriftführung

Lisa-Marie Freese

Entschuldigt fehlen:

stimmberechtigte Mitglieder

Erwin Köster
Dieter Nagel
Arne Salge

Von der Verwaltung

Joachim Duin

<u>Tagesordnung</u>

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Rates am 24.03.2022
5. Bericht des Gemeindedirektors über wichtige Angelegenheiten
6. Einwohnerfragestunde zu den vorliegenden Tagesordnungspunkten
7. 1. Änderung der Hauptsatzung der Gemeinde Hesel vom 11.04.2019
   Vorlage: HES/2022/032

8. Bebauungsplan HE 12 "Hesel - West-Rüschen"
8.1. - Erörterung und Beschluss über Anregungen
Vorlage: HES/2022/024
8.2. - Satzungsbeschluss
Vorlage: HES/2022/025
9. Städtebauförderung in Niedersachsen
Vorlage: HES/2022/006
10. Prioritätenliste für den weiteren Straßenausbau 2023 - 2027
Vorlage: HES/2022/029
11. Radewegekonzept für die Ortsdurchfahrt der Bundesstraße und Landesstraße in Hesel - Beschlussfassung
Vorlage: HES/2022/035
12. Grundsteuerreform in Niedersachsen
Vorlage: HES/2022/012
13. Anträge
13.1. Antrag der SPD-Fraktion über die Beauftragung der Verwaltung zur Schaffung einer Erinnerungsstätte
Vorlage: HES/2022/036
14. Anfragen
14.1. Anfrage von Herrn Werner Baumann über die Geschwindigkeitsmessung in der Gemeinde Hesel
14.2. Anfrage von Frau Melanie Nonte zur Gestaltung des Parks der Villa Popken
15. Einwohnerfragen zu den abgehandelten Tagesordnungspunkten und anderen Gemeindeangelegenheiten
16. Schließung der Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung

Herr Dählmann begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 20:00 Uhr.

2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Gegen die ordnungsgemäße Ladung werden keine Einwände erhoben. Herr Dählmann stellt somit die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

3 Feststellung der Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben. Herr Dählmann stellt die Tagesordnung in der vorliegenden Form fest.

4 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Rates am 24.03.2022

Sitzungsverlauf:
Ohne weitere Aussprache ergeht einstimmig (10 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen) folgender Beschluss:

Beschluss:
Die Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates am 24.03.2022 wird genehmigt.

5 Bericht des Gemeindedirektors über wichtige Angelegenheiten

Frau Nannen berichtet über folgende Angelegenheiten:

Genehmigung Haushalt 2022

Der Haushalt der Gemeinde Hesel wurde mit dem Schreiben vom 10.06.2022 von der Kommunalaufsicht genehmigt. Mit dem heutigen Tag wurde die Haushaltssatzung im Amtsblatt des Landkreises Leer veröffentlicht. Die Auslegung zur Einsichtnahme erfolgt vom 01.07.22 bis zum 14.07.22. Der Haushalt der Gemeinde Hesel ist ab dem 15.07.22 rechtskräftig.

BorWin5 600-kv—DC Leitung Garrel-Ost, Landtrasse

Das Projekt BorWin5 dient der Verbindung der Offshore Plattform BorWin epsilon mit dem Netzverknüpfungspunkt am Umspannwerk Garrel/Ost im Raum Cloppenburg und gliedert sich in mehrere Maßnahmen. Der Anschluss der Offshore-Windparks an die Plattform BorWin epsilon und die Verlegung eines Seekabels von der Plattform nach Hilgenriedersiel werden in gesonderten Verfahren genehmigt. Gleiches gilt für die Erweiterung des Umspannwerks Garrel/Ost um eine Konverterstation.

Gegenstand der vorliegenden Planung ist die Errichtung und der Betrieb der 600-kV-DC Leitung Garrel/Ost – BorWin5 auf dem landseitigen Trassenabschnitt vom Umspannwerk bei Garrel bis zum Anlandepunkt in Hilgenriedersiel. Die auf den Planfeststellungsbereich entfallende Trassenlänge beträgt ca. 110 km.

Die BorWin5 Trasse wird im Bereich des Kielfelder Moorweges verlaufen. Für die Umsetzung dieser Maßnahme fand Ende Mai ein Abstimmungsgespräch statt um zu klären, welche Straßen von den Schwertransportfahrzeugen befahren werden.

Der Gemeindedirektor hat bei diesem Abstimmungsgespräch erreichen können, dass der Kiefelder Moorweg nicht befahren wird, stattdessen soll eine Baustraße auf dem linken Feld ausgelegt werden. Weiterhin wurde vereinbart, dass der erste Teil des Kiefelder Moorwegs asphaltiert wird. Weiterhin ist geklärt worden, dass der Schwerlastverkehr nicht durch die Kirchstraße und An der Schule entlang führt. Stattdessen wurde der Weidenweg als Alternative bestimmt. In dieser Straße soll eine Beweissicherung vor und nach der Baumaßnahme von einem Sachverständigen durchgeführt werden.

LEADER- Errichtung eines Gemeinwesencafé in der Villa Popken

Aktuell sind die Bauhauptarbeiten vollständig abgeschlossen. Die Elektro- sowie die Heizungs- und Sanitärinstallation sind ebenfalls weitestgehend abgeschlossen. Bei diesen Gewerken erfolgt die Endmontage, die jedoch erst nach den Maler- und Bodenbelagsarbeiten durchgeführt werden kann.

Sorgen bereiten uns zurzeit die Ausführung der Maler- und Bodenbelagsarbeiten, durch die Fa. Ralf Brinkmann aus 26683 Saterland diese war ab der KW 25/26 geplant. Aufgrund krankheitsbedingter Ausfälle der Belegschaft musste der Ausführungsbeginn verschoben werden. Neuer Ausführungsbeginn daher ab KW 28/29 (11.07.22 bis 22.07.22).

Aktuell wird ein Vergabeverfahren mit verkürzter Abgabefrist für die Inneneinrichtung durchgeführt. Das zuwendungsfähige Geschirr und Besteck wurde verwaltungsseitig angeschafft.

Das ArL hat in Abstimmung eine Verlängerung der Maßnahme angeboten, diese wird nun beantragt.

Fahrradreparaturstation

Die Gemeinde Hesel hat eine Fahrradreparaturstation auf dem Dorfplatz erhalten. Welcher Radler oder welche Radlerin kennt das nicht: Ein platter Reifen, ein ausgerissenes Schutzblech oder einfach nur zu wenig Luft im Reifen. Ärgerlich, wenn dann keine schnelle Reparatur möglich ist. Die Gemeinde Hesel schafft ein Hilfsangebot, damit niemandem die Luft ausgeht. Auf dem Dorfplatz der in Hesel am viel befahrenen Ostfriedlandwanderweg wurde am 24.06.2022 eine neue Fahrrad-Reparaturstationen in Betrieb genommen.

Das Modell "Pro" der Firma BIK TEC verfügt über einen integrierten Montageständer für komfortables Arbeiten am Rad – sowie über eine Vielzahl verschiedener Werkzeuge: Schraubendreher, Sechskant-Schlüssel-Set, Maulschlüssel, Reifenheber – alles steht für den schnellen Einsatz bereit. Eine leichtgängige Pumpe für unterschiedliche Ventiltypen mit Druckanzeige komplettiert das Angebot. Die Nutzung ist kostenfrei.
An der Station finden Radfahrende einen QR-Code, über den sie online Reparaturanleitungen abrufen können.

Doch nicht nur Radfahrende profitieren von den Werkzeugen: Auch für Rollstühle und Kinderwagen sind die Werkzeuge und die Luftpumpe an der Station geeignet.

Spielplatz und Parkplatz im Heseler Wald

Die durch die Leader-Förderung erfolgte Aufwertung des Spielplatzes ist erfolgreich abgeschlossen. Der Spielplatz ist vor wenigen Wochen wieder freigegeben worden und wird von den Kindern sehr gut angenommen.

Geschwindigkeitsmessgerät

Das Geschwindigkeitsmessgerät ist aktuell in der Gemeinde Hesel im Einsatz. Die ersten Messungen wurden in der Dorfstraße bei dem Kinderspielplatz durchgeführt und aktuell wird in der Osterstraße gemessen.

Markierung der Tempo-30-Zone

Die Markierung der Tempo-30-Zone wurde aufgebracht. Leider ist bereits im Bereich der Dorfstraße / Kreuzung Kiefeld mutwillig und vorsätzlich versucht worden die Markierung mit durchdrehenden Reifen abzutragen.

Erfreulicherweise konnte der Verursacher benannt werden, es wurde Anzeige erstattet.

Kultursommer in Hesel

Am 18.06.2022 fand im Rahmen des Kultursommers in Hesel bei schönstem Wetter das Klosterfest auf der Klosterstätte Wüstung Kloster Barthe statt. Für diese Veranstaltung nochmal ein großes Dankeschön an alle ehrenamtlichen Helfer und besonders an Frau Nonte.

Am 02.07.2022 geht der Kultursommer weiter mit einem Barockkonzert und einem White Dinner im Park der Villa Popken. Hierzu sind alle herzlich eingeladen.

Bericht aus dem Verwaltungsausschuss am 28.06.2022

- Für den Betrieb der Ortsbeleuchtung wurden wöchentlich feste Zeitschalten beschlossen. Ebenso wurde beschlossen, dass die Ortsbeleuchtung am Ostersamstag, Maibaumfeiern, bei Großveranstaltungen auf dem Festplatz sowie an Silvester die ganze Nacht eingeschaltet wird.

- Auf Empfehlung des Ausschusses für Bau, Klima und Gemeindeentwicklung hat der Verwaltungsausschuss die Reihenfolge der Straßen (Osterstraße, Blumenstraße, Lindenstraße, Rosenstraße, Von Minden Straße, dem Möntkeweg, An der Fabrik) beschlossen, in denen im Rahmen der Straßensanierung die Rissbildung fachmännisch verschlossen werden sollen.
- Für die Entwicklung des Ortsteils Hesel-Neuemoor bestanden im Verwaltungsausschuss noch Unklarheiten vor Ort. Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses haben sich einstimmig dafür ausgesprochen, dass eine weitere Informationsveranstaltung in Hesel-Neuemoor stattfinden soll. Hierbei soll Bürgerdialog das Stimmungsbild der Bürger eingeholt werden und offen kommuniziert werden, dass die Notwendigkeit des Straßenausbaus unabhängig von der möglichen baulichen Entwicklung besteht.

6 Einwohnerfragestunde zu den vorliegenden Tagesordnungspunkten

Die Einwohnerfragen werden abschließend beantwortet.

Anmerkung der Protokollführung:
Fragen und Antworten im Rahmen der Einwohnerfragestunde gemäß § 62 Absatz 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) gehören nicht zum wesentlichen Inhalt eines Protokolls nach § 68 Satz 1 NKomVG und sind daher nicht zu protokollieren.

7 1. Änderung der Hauptsatzung der Gemeinde Hesel vom 11.04.2019 Vorlage: HES/2022/032

Sachverhalt:

Aufgrund von Änderungen des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) ist eine Änderung der Hauptsatzung der Gemeinde zum 01.07.2022 erforderlich.

Anzupassen sind die Regelungen der Hauptsatzung über die Verkündungen und öffentliche Bekanntmachungen in § 6.

Die Samtgemeinde Hesel sowie ihre Mitgliedsgemeinden verkünden ihre Satzungen gem. § 11 NKomVG bislang durch Veröffentlichung im Amtsblatt für den Landkreis Leer. Aufgrund der Änderungen des NKomVG ist nunmehr die Verkündung u.a. in einem gedruckten oder einem elektronischen Amtsblatt möglich. Der Landkreis Leer hat seine Hauptsatzung entsprechend geändert und wird sein gedrucktes Amtsblatt zum 01.07.2022 einstellen und künftig ein elektronisches Amtsblatt ausgeben.

Verwaltungsintern wurde der Aufwand für die Verkündungen besprochen. Die Aufbereitung der Satzungen für die Verkündung und Abstimmung mit der Redaktion des Landkreises Leer verursacht einen ungefähr gleich hohen zeitlichen Aufwand wie die Ausgabe eines eigenen elektronischen Amtsblattes für die Samtgemeinde Hesel. Für die Verkündung im Amtsblatt des Landkreises werden jedoch zusätzlich Gebühren erhoben. Im Jahr 2020 lagen diese für die Samtgemeinde bei ca. 4.750 Euro. Im Falle der Ausgabe eines eigenen Amtsblattes könnte dies unabhängiger von starren Terminen und somit flexibler erfolgen. Die technischen Voraussetzungen für ein eigenes elektronisches Amtsblatt sind bereits jetzt gegeben.

Zur Vereinfachung der Arbeitsprozesse sowie aus wirtschaftlichen Gründen wird daher verwaltungsseitig vorgeschlagen für die Samtgemeinde Hesel ein eigenes elektronisches Amtsblatt auszugeben. Den Mitgliedsgemeinden sollen die Verkündungen kostenfrei ermöglicht werden.

Im Rahmen einer Umfrage unter den Mitgliedsgemeinden haben sich alle einheitlich für eine künftige Verkündung ihrer Satzungen und Bekanntmachungen in einem elektronischen Amtsblatt für die Samtgemeinde Hesel ausgesprochen.

Durch die Neuregelung kann der bisherige § 6 der Hauptsatzung wesentlich entschlackt werden.

Sitzungsverlauf:
Nach einer kurzen Aussprache ergeht einstimmig (12 Ja-Stimmen) folgender Beschluss:

Beschluss:

Hauptsatzung der Gemeinde Hesel

Aufgrund des § 12 Abs. 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576) zuletzt geändert durch Gesetz vom 23.03.2022 (Nds. GVBl. S. 191) hat der Rat der Gemeinde Hesel in seiner Sitzung am 30.06.2022 folgende 1. Änderung der Hauptsatzung vom 11.04.2019 beschlossen:

Artikel 1

§ 6 erhält folgende Fassung:

§ 6
Verkündungen und Bekanntmachungen

(1) Satzungen und Verordnungen sowie öffentliche Bekanntmachungen der Gemeinde werden im Internet unter der Adresse https://amtsblatt.hesel.de im elektronischen „Amtsblatt für die Samtgemeinde Hesel“ verkündet.
(2) Ortsübliche und sonstige Bekanntmachungen werden im Internet unter der Adresse https://bekanntmachung.hesel.de veröffentlicht.
(3) Die ortsüblichen Bekanntmachungen der Aufstellungsbeschlüsse gem. § 2 Abs. 1 BauGB sowie der Auslegung von Entwürfen gem. § 3 Abs. 2 BauGB werden in der „Ostfriesen-Zeitung“ bekannt gemacht; sie gelten als am Tage der Ausgabe der „Ostfriesen-Zeitung“ als bewirkt.

Artikel 2

Die Änderung des § 6 tritt zum 15.07.2022 in Kraft.

Hesel, den 01.07.2022

Gemeinde Hesel
Der Bürgermeister
Joachim Duin (Gemeindedirektor)

8 Bebauungsplan HE 12 "Hesel - West-Rüschen"

8.1 - Erörterung und Beschluss über Anregungen

Vorlage: HES/2022/024

Sachverhalt:

Der Rat der Gemeinde Hesel hat in seiner Sitzung am 20.08.2018 die Aufstellung und Neufassung der rechtsgültigen Bebauungspläne 33 "Hesel-West" einschl. seiner 3 Änderungen und Nr. 42 „Hesel-Rüschen" einschl. seiner 1. Änderung beschlossen. Das Plangebiet der bisherigen Pläne wurde im Geltungsbereich des neuen Bebauungsplanes HE 12 „Hesel-West-Rüschen“ zusammengefasst.

Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes HE 12 „Hesel-West-Rüschen“ ist das Ziel verbunden, die absehbar sehr unterschiedlichen Verwertungsinteressen der Eigentümer, die durch den Generationenwechsel in den letzten Jahren verstärkt eingetreten sind, verbindlich zu regeln und gleichzeitig eine verträgliche bauliche sowie strukturelle Weiterentwicklung für diesen Siedlungsbereich zu steuern.

Der Aufstellungsschlüsse für die Neufassung der Bebauungspläne wurde vom 21.01.2018 bis 30.08.2018 ortsüblich bekannt gemacht.

Das frühzeitige Beteiligungsverfahren der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB für die Planung HE 12 „Hesel – West-Rüschen wurde in der Frist vom 17.07.2019 bis zum 19.08.2019 durchgeführt. Neun Stellungnahmen sind eingegangen.

Das frühzeitige Beteiligungsverfahren der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB für die Planung HE 12 „Hesel – West-Rüschen“ wurde mit Schreiben vom 17.07.2019 gestartet. Gelegenheit zur Stellungnahme bis zum 19.08.2019 gegeben.

Über die Abwägungsvorschläge wurde in HES/2021/053 abgestimmt.

Über das Beteiligungsverfahren der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie über das Beteiligungsverfahren der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB für die Planung HE 12 „Hesel – West-Rüschen“ wurde in HES/2021/053 abgestimmt

Das Beteiligungsverfahren der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für die Planung HE 12 „Hesel – West-Rüschen“ wurde in der Frist vom 04.04.2022 bis zum 04.05.2022 durchgeführt. Stellungnahmen sind keine eingegangen.

Das Beteiligungsverfahren der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB für die Planung HE 12 „Hesel – West-Rüschen“ wurde mit Schreiben vom 23.03.2022 gestartet. Gelegenheit zur Stellungnahme wurde bis zum 23.04.2021 gegeben.

Die Stellungnahmen der beteiligten Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit sind in der anliegenden Aufstellung vom 19.05.2022 dargestellt. Ebenso die dazugehörigen Abwägungsvorschläge.

Sitzungsverlauf:

Einstimmig (12 Ja-Stimmen) ergeht folgender Beschluss:

Beschluss:
Zu den während der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) und zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Anregungen und Bedenken werden die in der rechten Spalte (Abwägungsvorschläge) der Zusammenfassung vom 19.05.2022 dargestellten Abwägungsentscheidungen getroffen.

Von folgenden Trägern wurden Hinweise/Anregungen gegeben:

1. Landkreis Leer
2. EWE Netz
3. Bundeswehr
4. LBEG Hannover
5. Ostfriesische Landschaft
6. Deutsche Telekom Technik GmbH
7. NLKWN Aurich
8. Landeswirtschaftskammer Niedersachsen

Von folgenden Trägern wurden keine Hinweise/Anregungen gegeben:

1. Pledoc GmbH
2. BEP GmbH & Co.KG
3. Tennet
4. Gastransport Nord GmbH
5. Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Oldenburg
6. Gascade Gastransport GmbH

Bürgern wurden Hinweise/Anregungen gegeben:

1. keine

Von folgenden Trägern wurden Hinweise gegeben:

1 Landkreis Leer

Die Gemeinde Hesel plant für zentral im Ortskern gelegene Bereiche eine planungsrechtliche Neuordnung (z. B. durch Begrenzung der Wohneinheiten, Beschränkung der Gebäudelängen), um die gewachsenen und ortstypischen städtebaulichen Siedlungs-/ Nutzungsstrukturen zu erhalten. Überplant werden die Geltungsbereiche der bislang rechtskräftigen Bebauungspläne Nr. 33 „Hesel-West“ (einschl. der 3 Änderungen), Nr. 42 „Hesel-Rüschen“ (einschl. der 1. Änderung), in Teilbereichen außerdem der Bebauungsplan Nr. 48 sowie die Bebauungspläne HE 2 und HE 9.	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen
Gemäß § 1 Abs. 7 Baugesetzbuch hat die Gemeinde bei der Aufstellung der Bauleitpläne die öffentlichen und privaten Belange	

gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen. Zu der o. a. Bauleitplanung nehme ich daher - ohne dem von Ihnen vorzunehmenden Abwägungsprozess vorzugreifen - für die einzelnen von mir zu vertretenden Fachbereiche wie folgt Stellung:

Aus naturschutzfachlicher Sicht bestehen keine Bedenken.

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen

Aus Sicht der unteren Denkmalschutzbehörde nehme ich wie folgt Stellung:

A) Baudenkmalpflegerische Belange

Durch die Änderung des Bebauungsplanes werden denkmalpflegerische Belange nicht berührt. Die im Plangebiet vorhandenen Baudenkmale sind im Bebauungsplan entsprechend gekennzeichnet.

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen

Nach § 10 (1) Nr. 4 des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes (NDSchG) bedürfen die Errichtung, Veränderung oder Beseitigung von Anlagen, die das Erscheinungsbild des Denkmals beeinflussen, einer denkmalrechtlichen Genehmigung. Ferner dürfen nach § 8 NDSchG in der Umgebung eines Baudenkmals keine Anlagen errichtet werden, wenn dadurch das Erscheinungsbild des Baudenkmals beeinträchtigt wird. Die denkmalrechtliche Beurteilung einzelner Gebäude oder baulicher Anlagen erfolgt im Bauantrags- oder denkmalrechtlichen Genehmigungsverfahren. Die gestalterischen Anforderungen bezüglich des denkmalrechtlichen Umgebungsschutzes können in diesem Fall auch enger als die örtlichen Bauvorschriften gefasst sein.

Aus baudenkmalpflegerischer Sicht bestehen somit keine Bedenken.

A) Bodendenkmalpflegerische Belange

Der Archäologische Dienst der Ostfriesischen Landschaft ist in diesem Verfahren zu beteiligen. Die daraus ergehende Stellungnahme des Archäologischen Dienstes der Ostfriesischen Landschaft ist bezüglich der bodendenkmalpflegerischen Belange zu beachten.

Der Hinweis wurde beachtet, die Ostfriesische Landschaft ist am Planverfahren beteiligt worden.

Aus immissionsschutzrechtlicher Sicht nehme ich wie folgt Stellung:

Gemeinden haben bei der Bauleitplanung in Orientierung an dem immissionsschutzrechtlichen Schutz- und Vorsorgegedanken (§ 5 BImSchG) dafür Sorge zu tragen, dass keine

B-Pläne erlassen werden, deren Verwirklichung zu schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des BImSchG führt.
Der Geltungsbereich des B-Plans HE 12 „Hesel- West-Rüschen“ liegt in unmittelbarer Nähe zur Kreisstraße K 3 (Stikelkamper Straße). Aufgrund der Emissionen, die durch die Nutzung dieser Straße entstehen, können in der umliegenden Bebauung Beeinträchtigungen hervorgerufen werden, die potentiell dazu geeignet sind, gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse zu stören.

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

Die planerische Ausweisung von Wohnbebauung auf stark mit Verkehrslärm vorbelasteten Flächen bedarf der besonderen Sorgfalt. Zur Sicherstellung gesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse sollten im Geltungsbereich des B-Plans die maßgeblichen Orientierungswerte der DIN 18005 eingehalten werden. Für den Geltungsbereich des B-Plans HE 12 hat eine gutachterliche Bewertung ergeben, dass es im Nahbereich der Stikelkamperstraße zu Überschreitungen der Orientierungswerte für allgemeine Wohngebiete kommt. Bei Überschreitungen der Orientierungswerte ist zu beachten, dass je höher die Überschreitung ist, desto gewichtiger müssen die für die Planung sprechenden städtebaulichen Belange für die Ausweisung der störanfälligen Nutzung in diesem Bereich sein. Da die Überschreitungen lediglich auf einem schmalen Streifen entlang der Stikelkamperstraße auftreten, sind aus immissionsschutzrechtlicher Sicht noch genügend Bereiche vorhanden, in denen es zu keinen Beeinträchtigungen kommt. Die Überschreitung ist somit aus immissionsschutzrechtlicher Sicht als vertretbar anzusehen. Es sind allerdings dennoch in diesem Bereich gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse sicherzustellen, so dass Schallschutzmaßnahmen notwendig werden.
Es sollen gemäß den vorgelegten Unterlagen passive Schallschutzmaßnahmen im B-Plan festgesetzt werden. Eine Umsetzung von vorzuziehenden aktiven Lärmschutzmaßnahmen ist gemäß Ausführungen in der Begründung aufgrund der bereits vorhandenen Bebauung nicht möglich. Bei den ermittelten und festgesetzten passiven Schallschutzmaßnahmen stellt sich die Frage, auf welcher Grundlage die Festsetzung im Hinblick auf den Schutz von Außenwohnbereichen (Fest-

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen, die Schallprognose wird entsprechend ergänzt.

setzung 11.3) in den B-Plan aufgenommen worden sind. In der vorgelegten Schallprognose wird nicht auf die Anforderungen an Schallschutzmaßnahmen für Außenwohnbereiche eingegangen. Gleichwohl zeigen die Ergebnisse der Prognose, dass aufgrund der Überschreitung der Orientierungswerte Schallschutzmaßnahmen für Außenwohnbereiche erforderlich sind.

Da sich im Geltungsbereich selber und im Umfeld zum B-Plan landwirtschaftliche Betriebe befinden, ist im Rahmen des Bauleitplanverfahrens auch nachzuweisen, dass es durch Geruchsimmissionen nicht zu einer Beeinträchtigung gesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse kommt. Gemäß den vorgelegten Unterlagen ist ein Gutachten in Auftrag gegeben worden, welches allerdings nicht zur Gegenstand der ausgelegten Unterlagen war. In der Begründung zum B-Plan wird hierzu jedoch ausgeführt, dass es in mehreren Bereichen zu Überschreitungen der Immissionswerte der Geruchs-Immissionsrichtlinie (GIRL) kommt. Sollte die Überschreitung auf der Gemeinbedarfsfläche für Kirchen bzw. für kirchliche Zwecke dienende Gebäude und Einrichtungen südlich der Kirchstraße sich auf Flächen beziehen, die nicht zum dauerhaften Aufenthalt von Menschen bestimmt sind, so stellt diese Überschreitung keine unzulässige Beeinträchtigung dar. Im Hinblick auf die weiteren Flächen mit Überschreitungen der maßgeblichen Immissionswerte lässt sich ohne weitere Prüfung zumindest aussagen, dass hier mögliche Erweiterungen der entsprechenden Betriebe schwer möglich sind. Da aber durch die Überplanung der vorhandenen Strukturen kein Zustand geschaffen wird, der eine strengere Beurteilung im Hinblick auf Geruchsemissionen bewirkt, entstehen durch die Aufstellung keine weiteren Beeinträchtigungen für mögliche Erweiterungen der betreffenden landwirtschaftlichen Betriebe.

Gemäß Geruchsgutachten der Landwirtschaftskammer ist das Gebiet durch Geruchsimmissionen teilweise vorbelastet. Die entsprechenden Immissionsgrenzwerte werden weitgehend eingehalten. Da die landwirtschaftlichen Flächen im Rahmen der ordnungsgemäßen Landwirtschaft bewirtschaftet werden, gehören die von dort ausgehenden zeitweisen Lärm- und Geruchsbelästigungen zum Wohnen, zum gemischten und zum dörflichen Wohnen im ländlichen Raum.

Weiterhin gebe ich folgende Hinweise zu der vorgelegten Planung:

In Tabelle 1 der Immissionsprognose wird fälschlicherweise für Mischgebiete zur Nachtzeit ein Orientierungswert von 45 dB(A) angenommen. Für Straßenverkehrslärm liegt der Orientierungswert für Mischgebiete gemäß Beiblatt 1 zur DIN 18005 bei

Die Angabe in der Immissionsprognose ist mit 50 dB(A) angegeben und ist somit nicht zu korrigieren.

50 dB(A). Aus abfall- und bodenschutzrechtlicher Sicht bestehen gegen die Planungen keine Bedenken. Aus Sicht des Straßen- und Tiefbauamtes nehme ich wie folgt Stellung: Gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. HE 12 bestehen aus Sicht des Straßen- und Tiefbauamtes keine Bedenken.	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.
Folgenden Hinweis gebe ich zu dieser Planung: Bei der Immissionsprognose wurden geschätzte Verkehrszahlen angenommen. Am 31. Januar 2019 fand auf der Kreisstraße seitens des Landkreises eine Verkehrszählung statt. Diese Zählung ergab einen DTV-Wert von 3347 KFZ/24h. Der LKW-Anteil beträgt dabei 10%.	Die Angaben der Verkehrszählung wurde bereits in die vorliegende Fassung der schalltechnischen Immissionsprognose aufgenommen.
Aus wasserwirtschaftlicher Sicht wird wie folgt Stellung genommen: Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes HE 12 werden rechtsgültige Bebauungspläne zusammengefasst. Das Plangebiet ist größtenteils bebaut und die wasserwirtschaftlichen Belange sind bereits in den einzelnen Bebauungsplänen geregelt worden. Da sich durch die Planung keine weitere zusätzliche Versiegelung ergibt, bestehen aus wasserwirtschaftlicher Sicht zu der Aufstellung des Bebauungsplanes HE 12 keine Bedenken.	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.
Für neu zu erschließende Freiflächen, die wasserwirtschaftlich bislang nicht beregelt sind, ist meinem Amt für Wasserwirtschaft ein Oberflächenentwässerungskonzept zur Abstimmung/Genehmigung einzureichen.	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen und bei neu zu erschließenden Freiflächen werden die wasserwirtschaftlichen Belange beachtet.
Aus Sicht der Raumordnung nehme ich wie folgt Stellung: Gegen die vorgelegte Bauleitplanung der Gemeinde Hesel bestehen aus Sicht der Raumordnung keine Bedenken. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass entgegen der Angabe in der Abwägung zur frühzeitigen Beteiligung in der Begründung weiterhin keine Erwähnung der raumordnerischen Vorgaben (LROP und RROP) erfolgt. Dies ist zu korrigieren. Aus planungsrechtlicher Sicht bestehen keine grundsätzlichen Bedenken.	Der Hinweis wird beachtet, die Begründung wird um das Kap. Raumordnung ergänzt.

Vor dem Hintergrund der Überplanung eines verdichteten Ortskerns sind die widerstreitenden Belange der flächensparenden Nachverdichtung (Vorrang der Innenentwicklung) und Wohnraumversorgung auf der einen Seite mit den Belangen des ruhigen Wohnens und der Erholung auf der anderen Seite zu ermitteln, bewerten und abzuwägen. Darüber hinaus ist auf Folgendes hinzuweisen:	Die Begründung beschreibt im Kap. diese Problematik.
1) Gegenstand dieser Bauleitplanung ist unter anderem die Festsetzung von maximal zulässigen Wohneinheiten in Wohngebäuden wobei hier eine Kombination mit einer Festsetzung von Mindestgrundstücksgrößen beabsichtigt ist. Nach dem in der Begründung dokumentierten Planungswillen soll für das WA 1 keine Vorgabe hinsichtlich der maximal zulässigen Wohnungen in Wohngebäuden gelten. Im WA 2 und 3 sowie im MD 1 und 2 soll die maximal zulässige Zahl von Wohnungen in Wohngebäuden von der Grundstücksgröße abhängig sein, wobei diese für die Gebiete unterschiedlich festgesetzt wird.	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.
Die im Entwurf dieser Bauleitplanung getroffene Festsetzung TF Nr. 5.1 (Im WA2 und WA3 sind je Wohngebäude max. 2 Wohneinheiten zulässig) und die in der jeweiligen Nutzungsschablone enthaltene Regelung (2WO/500m² im WA2 bzw. 2WO/750m² im WA3) widersprechen sich. So wären beispielsweise auf einem 1.000 m² großen Baugrundstück im WA2 in einem Wohngebäude nach der TF Nr. 5.1 nur 2 Wohneinheiten zulässig, wohingegen nach der in der Nutzungsschablone enthaltenen Regelung 4 Wohneinheiten zulässig wären.	Die textliche Festsetzung wird präzisiert, so dass beispielsweise auf einem 1.000 m² großen Baugrundstück im WA2 dann zwei weitere Wohneinheiten zulässig sind.
Unter den Textlichen Festsetzungen finden sich keine Regelungen zu den maximal zulässigen Wohnungen in Wohngebäuden je festgesetzter Mindestgrundstücksgröße für die MD1 und 2.	Die Regelungen werden gemäß Nutzungsschablonen in den textlichen Festsetzungen ergänzt.

Folgende Anpassung der TF Nr. 5.1 empfehle ich daher:
„Im WA2, WA3, MD1 und MD2 sind je festgesetzter Mindestgrundstücksgröße max. 2 Wohneinheiten in Wohngebäuden zulässig. Werden als Einzelhaus zwei Gebäude aneinandergebaut, so ist je festgesetzter Mindestgrundstücksgröße in dem Gebäude nur eine Wohneinheit zulässig."

Der Hinweis wird beachtet, die textliche Festsetzung Nr. 5.1 wird angepasst.
Es entspricht dem Planungswillen der Gemeinde, dass je Doppelhaushälfte nur 1 Wohneinheit zugelassen wird.

Ausführungen dazu, dass im Falle von aneinandergebauten Gebäuden (umgangssprachlich als Doppelhaus verstanden) nur eine Wohneinheit in dem jeweiligen Gebäude zulässig sein soll, finden sich in der Begründung bislang nur zu dem WA3. Daher bitte ich zu prüfen, ob die vorgeschlagene Festsetzung den Planungswillen inhaltlich trifft.

Ich empfehle weiterhin, die Festsetzung der Mindestgrundstücksgröße (TF Nr. 6.1 und TF Nr. 6.2) in der Planzeichnung (angegliedert an die jeweilige Nutzungsschablone, Zum WA2: „Fmin = 500m²" bzw. zum WA3: „Fmin = 750m²") zu ergänzen. Auch in der Planzeichenerklärung sind dann nach Ergänzung die Angaben zum Planzeichen „Mindestgrundstücksgröße" aufzunehmen.

Der Hinweis wird beachtet, die Nutzungsschablonen werden gemäß der textlichen Festsetzung ergänzt.

Außerdem bitte ich die TF Nr. 6 „Mindestgrundstücksgröße" zu überarbeiten bzw. zu ergänzen. Der Festsetzungswortlaut deckt sich nicht mit den in der Planzeichnung vorzufindenden Inhalten. Die TF Nr. 6.1 trifft eine Regelung für das WA2, die TF Nr. 6.2 trifft eine Regelung für das WA3.

Mindestgrundstücksgrößen für das MD1 und MD2 werden bislang nicht festgesetzt, obwohl in den entsprechenden Nutzungsschablonen Festsetzungen zu den zulässigen Wohnungen in Wohngebäuden bezogen auf die Baugrundstücksgröße enthalten sind. Die Ergänzung der Nutzungsschablonen MD1 und MD2 um die festgesetzte Mindestgrundstücksgröße bitte ich analog zu der Ergän-

Der Hinweis wird beachtet, die Nutzungsschablonen und die textlichen Festsetzungen werden für die MD1 und MD2-Gebiete ergänzt.

zung bei den Nutzungsschablonen WA2 und WA3 vorzunehmen. In der Begründung ist unter Punkt 5.1.2 und 5.1.3 zum WA2 bzw. zum WA3 jeweils über den Festsetzungswortlaut hinausgehend aufgenommen, dass die festgesetzte Mindestgrundstücksgröße für Einzelhäuser je Baugrundstück gilt. Der Zusatz „für Einzelhäuser“ könnte implizieren, dass für grenzständig errichtete Doppelhäuser die Mindestgrundstücksgröße nicht gelten soll. Hier sind der Planungswille zu erforschen und die Ausführungen in der Begründung und die getroffenen Festsetzungen widerspruchsfrei in Einklang zu bringen (Begründung z.B. „Innerhalb des WA 2 sind je 500 m² Baugrundstück in Wohngebäuden maximal 2 Wohneinheiten zulässig. In dem allgemeinen Wohngebiet WA 2 ist eine Mindestgrundstücksgröße von 500 m² je Baugrundstück festgesetzt.“).	Der Hinweis wird beachtet, die Begründung wird angepasst, das Wort „Einzelhäuser“ wird gestrichen.
2) In der TF Nr. 2.1 ist die Rechtsgrundlage zu konkretisieren (§ 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO). Ebenso in der TF Nr. 2.2 (§ 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO).	
3) In der TF Nr. 2.3 ist der Bestandsschutz der bestehenden Nutzungen angesprochen. In der Begründung ist eine stichtagsbezogene Feststellung der bestandsgeschützten Nutzungen zu ergänzen, um die Regelung nachprüfbar zu machen. Zudem sind die in der Begründung enthaltenen Aussagen zu dem MI anderslautend. Die Aussagen in der Begründung und die getroffene Festsetzung sind in Einklang zu bringen.	Der Hinweis wird beachtet. Die Hinweise werden beachtet, die Begründung wird angepasst.
4) In der TF Nr. 2.4 ist eine Korrektur der Rechtsgrundlagen erforderlich: „In den MI sind die unter § 6 Abs. 2 Nr. 6 bis Nr. 8 BauNVO genannten allgemein zulässigen Nutzungen (Gartenbaubetriebe, Tankstellen, Vergnügungsstätten) gem. § 1 Abs. 5 BauNVO nicht zulässig.	

5) In der TF Nr. 3.1 sind die Angaben zum unteren Bezugspunkt (Ort der Messung) analog zu denen in der TF Nr. 3.2 zu konkretisieren.	Der Hinweis wird beachtet, die textliche Festsetzung wird angepasst.
6) In der TF Nr. 4 wird festgelegt, dass für die allgemeinen Wohngebiete die abweichende Bauweise gilt. Dies ist für das WA1 nicht korrekt.	Der Hinweis wird beachtet, die textliche Festsetzung wird angepasst.
7) Die TF Nr. 6.3 trifft keine Regelung zur Mindestgrundstücksgröße, sondern regelt hinsichtlich der Bauweise, dass im Plangebiet nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig sind (§ 22 Abs. 2 S. 3 BauNVO). Die Einsortierung der Festsetzung sollte dies berücksichtigen.	Der Hinweis wird beachtet, die textliche Festsetzung wird angepasst.
8) Zu der TF Nr. 9 rege ich an, ein Pflanzschema zu ergänzen, um den Begriff „vollflächig“ hinreichend bestimmt zu fassen.	Der Hinweis wird beachtet, die textliche Festsetzung wird angepasst.
9) In der TF Nr. 10.1 bitte ich darum, die „straßenzugewandten Seiten“ eindeutiger im Hinblick auf die immissionsschutzrechtlich relevanten Straßen für das jeweilige Gebäude zu konkretisieren.	Der Hinweis wird beachtet, die textliche Festsetzung wird ergänzt.
10) Unter Punkt 5.3 der Begründung bitte ich nähere Ausführungen zu den im MD geltenden Nutzungskennziffern zu treffen, da auch für die in Bezug genommenen WA-Gebiete entlang der Kirchstraße (vermutlich gemeint: WA 1 und WA 2) unterschiedliche Festsetzungen getroffen werden.	Der Hinweis wird beachtet, die textliche Festsetzung wird ergänzt.
11) Die festgesetzten Wallhecken und deren Schutzstreifen sollten in der Planzeichnung um Bemaßungen ergänzt werden. Auch bitte ich zu prüfen, ob das in der Planzeichnung verwendete Planzeichen für den Wallheckenschutzstreifen dem in der Planzeichenerklärung enthaltenen Planzeichen entspricht.	Der Hinweis wird beachtet, die textliche Festsetzung wird ergänzt.
12) In der Präambel ist zu der Rechtsgrundlage für die örtlichen Bauvor-	

schriften der maßgebliche Absatz zu ergänzen (§ 84 Abs. 3 NBauO).

13) In der Verfahrensleiste bitte ich ein Feld für die Ausfertigung der Planurkunde vorzusehen.

Die Wallhecken sind nur nachrichtlich, auf Grundlage der Topographie-Einmessung des Katasteramtes übernommen worden, daher ist eine Vermaßung nicht erforderlich bzw. nicht zielführend. Bei dem Wallheckenschutzstreifen ist das Planzeichen im Plan mit der Legende identisch.

Der § 84 der NBauO wird ergänzt.

Der Hinweis wird beachtet.

Ich bitte Sie, die Hinweise und Anregungen im weiteren Planverfahren zu beachten.

2 EWE Netz GmbH

Vielen Dank für die Beteiligung unseres Hauses als Träger öffentlicher Belange.
Im Ptangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe zum Plangebiet befinden sich Versorgungsleitungen und/oder Anlagen der EWE NETZ GmbH.
Diese Leitungen und Anlagen sind in ihren Trassen (Lage) und Standorten (Bestand) grundsätzlich zu erhalten und dürfen weder beschädigt, überbaut, überpflanzt oder anderweitig gefährdet werden. Bitte stellen Sie sicher, dass diese Leitungen und Anlagen durch Ihr Vorhaben weder technisch noch rechtlich beeinträchtigt werden.
Sollte sich durch Ihr Vorhaben die Notwendigkeit einer Anpassung unserer Anlagen, wie z.B. Änderungen, Beseitigung, Neuherstellung der Anlagen an anderem Ort (Versetzung) oder anderer Betriebsarbeiten ergeben, sollen dafür die gesetzlichen Vorgaben und die anerkannten Regeln der Technik gelten. Gleiches gilt auch für die gegebenenfalls notwendige Erschließung des Plangebietes mit Versorgungsleitungen und Anlagen durch EWE NETZ. Bitte planen Sie in diesem Fall Versorgungsstreifen bzw. -korridore gemäß DIN 1998 (von min. 2,2 m für die Erschließung mit Telekommunikationslinien, Elektri-

Die Hinweise beziehen sich nicht unmittelbar auf die Bebauungsplanung, sondern auf die Erschließungs- und Bauplanung. Im Zuge der Erschließungsplanung sind die Hinweise zu beachten.

zitäts- und Gasversorgungsleitungen) sowie die Bereitstellung notwendiger Stationssteilplätze mit ein. Die Kosten der Anpassungen bzw. Betriebsarbeiten sind von dem Vorhabenträger vollständig zu tragen und der EWE NETZ GmbH zu erstatten, es sei denn der Vorhabenträger und die EWE NETZ GmbH haben eine anderslautende Kostentragung vertraglich geregelt. Die EWE NETZ GmbH hat keine weiteren Bedenken oder Anregungen vorzubringen. Wir bitten Sie, uns auch in die weiteren Planungen einzubeziehen und uns frühzeitig zu beteiligen. Dies gilt auch für den Fall der Erschließung des Plangebietes mit Versorgungsleitungen durch EWE NETZ, denn hierfür sind beispielsweise Lage und Nutzung der Versorgungsleitung und die sich daraus ableitenden wirtschaftlichen Bedingungen wesentliche Faktoren. Unsere Netze werden täglich weiterentwickelt und verändern sich dabei. Dies kann im betreffenden Planbereich über die Laufzeit Ihres Verfahrens/Vorhabens zu Veränderungen im zu berücksichtigenden Leitungs- und Anlagenbestand führen. Wir freuen uns Ihnen eine stets aktuelle Anlagenauskunft über unser modernes Verfahren der Planauskunft zur Verfügung stellen zu können - damit es nicht zu Entscheidungen auf Grundlage veralteten Planwerkes kommt. Bitte informieren Sie sich deshalb gern jederzeit über die genaue Art und Lage unserer zu berücksichtigenden Anlagen über unsere Internetseite: https://www.ewe-netz.de/geschaeftskunden/service/leitungsplaene-abrufen. Zur effizienten Bearbeitung von Anfragen und Stellungnahmen bauen wir unsere elektronischen Schnittstellen kontinuierlich aus. Bitte schicken Sie uns Ihre Anfragen und Mitteilungen zukünftig an unser Postfach info@ewe-netz.de. Haben Sie weitere Fragen? Sie erreichen Ihren Ansprechpartner Katja Mesch unter der folgenden Rufnummer: 0441 4808-1345.	Der Hinweis zu den Kosten wird zur Kenntnis genommen. Der Hinweis wird im Zuge von Erschließungsmaßnahmen beachtet. Der Hinweis wird im Zuge von Erschließungsmaßnahmen beachtet. Der Hinweis wird im Zuge von Erschließungsmaßnahmen beachtet.

3 Bundeswehr

das Plangebiet befindet sich innerhalb des

Zuständigkeitsbereiches für militärische Flugplätze gem. § 18a Luftverkehrsgesetz sowie im Immissionsschutzbereich des Standortübungsplatzes Hesel. Durch das Vorhaben werden Belange der Bundeswehr berührt, jedoch nicht beeinträchtigt. Auf der Grundlage der im Bezug übersandten Unterlagen und Angaben bestehen seitens der Bundeswehr bei gleichbleibender Sach- und Rechtslage keine Bedenken.
Aufgrund der Lage des Plangebiets ist mit Lärm- und Abgasemissionen durch den militärischen Übungsbetrieb zu rechnen. Ich weise bereits jetzt daraufhin, dass spätere Ersatzansprüche nicht anerkannt werden können.

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen, die Begründung wird um diesen Aspekt ergänzt.

4 LBEG Hannover

in Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange geben wir zum o.g. Vorhaben folgende Hinweise:

Hinweise

Sofern im Zuge des o.g. Vorhabens Baumaßnahmen erfolgen, verweisen wir für Hinweise und Informationen zu den Baugrundverhältnissen am Standort auf den NIBIS-Kartenserver. Die Hinweise zum Baugrund bzw. den Baugrundverhältnissen ersetzen keine geotechnische Erkundung und Untersuchung des Baugrundes bzw. einen geotechnischen Bericht. Geotechnische Baugrunderkundungen/-untersuchungen sowie die Erstellung des geotechnischen Berichts sollten gemäß der DIN EN 1997-1 und -2 in Verbindung mit der DIN 4020 in den jeweils gültigen Fassungen erfolgen.

Der Hinweis wird im Zuge von Erschließungsmaßnahmen beachtet.

Ob im Vorhabensgebiet eine Erlaubnis gern. § 7 BBergG oder eine Bewilligung gern. § 8 BBergG erteilt und/oder ein Bergwerkseigentum gern. §§ 9 und 149 BBergG verliehen bzw. aufrechterhalten wurde, können Sie dem NIBIS-Kartenserver entnehmen. Wir bitten Sie, den dort genannten Berechtigungsinhaber ggf. am Verfahren zu beteiligen. Rückfragen zu diesem Thema richten Sie bitte direkt an markscheiderei@lbeg.niedersachsen.de.
Informationen über möglichenweise vorhandene Salzabbaugerechtigkeiten finden Sie unter

Der Hinweis wird im Zuge von Erschließungsmaßnahmen beachtet.

www.lbeg.niedersachsen.de/Berabau/Bergbauberechtiaunaen/Alte_Rechte

In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange haben wir keine weiteren Hinweise oder Anregungen.
Die vorliegende Stellungnahme hat das Ziel, mögliche Konflikte gegenüber den raumplanerischen Belangen etc. ableiten und vorausschauend berücksichtigen zu können. Die Stellungnahme wurde auf Basis des aktuellen Kenntnisstandes erstellt. Die verfügbare Datengrundlage ist weder als parzellenscharf zu interpretieren noch erhebt sie Anspruch auf Vollständigkeit. Die Stellungnahme ersetzt nicht etwaige nach weiteren Rechtsvorschriften und Normen erforderliche Genehmigungen, Erlaubnisse, Bewilligungen oder objektbezogene Untersuchungen.

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

5 Ostfriesische Landschaft

Gegen den o.g. Bebauungsplan bestehen aus Sicht der archäologischen Denkmalpflege keine Bedenken.
Sollten bei den vorgesehenen Bau- und Erdarbeiten archäologische Kulturdenkmale (Boden- und Baudenkmale) festgestellt werden, sind diese unverzüglich der unteren Denkmalschutzbehörde oder uns zu melden.
Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf das Nieders. Denkmalschutzgesetz vom 30.05.1978 (Nds. GVBI. S. 517), §5 13 und 14, wonach eine Genehmigung der Denkmalschutzbehörde erforderlich ist, wenn Erdarbeiten an einer Stelle vorgenommen werden, wo Funde vermutet werden. Die Genehmigung kann unter Bedingungen und mit Auflagen erteilt werden.

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen und im Zuge von Erschließungsmaßnahmen beachtet.

6 Deutsche Telekom Technik GmbH

Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 68 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellung-

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen und im Zuge von Erschließungsmaßnahmen beachtet.

nahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung: Wir verweisen auf unsere Stellungnahme vom 14.08.2019 und haben keine weiteren Bedenken. Bei Planungsänderungen bitten wir uns erneut zu beteiligen. mailto:T-NL-N-PTI-12-Planungsanzeigen@telekom.de	Der Hinweis wird ggf. beachtet.

7 NLKWN Aurich

Gegen die oben genannte Planung bestehen keine Bedenken, da wesentliche Auswirkungen auf den Wasserhaushalt nicht erwartet werden, wenn folgende Punkte beachtet werden:	
• Sollte es zu einer zusätzlichen Versiegelung kommen, ist in den weiteren Planungen ein Oberflächenentwässerungskonzept zu erstellen. Eine ordnungsgemäße Ableitung des anfallenden Oberflächenwassers ist zu gewährleisten. Faktoren wie Klimawandel und Starkregenereignisse sind bei der Konzeption zu berücksichtigen.	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen und im Zuge von Erschließungsmaßnahmen beachtet.
Stellungnahme als TOB: Anlagen und Gewässer des NLWKN (Bst. Aurich) im GB I (Landeseigene Gewässer) und GB III (GLD) sind durch die Planungen nicht nachteilig betroffen.	

8 Landwirtschaftskammer Niedersachsen

Es handelt sich in dem o. g. Planungsvorhaben um eine „Bestandsplanung“ in der die Beschreibung und Festschreibung der bestehenden Bebauung behandelt wird. Unter der Maßgabe, dass - solange in dem Gebiet landwirtschaftliche Tierhaltungsanlagen vorhanden sind - keine zusätzlichen Wohnbauflächen ausgewiesen werden, bestehen aus landwirtschaftlicher Sicht keine Bedenken gegen das Planvorhaben.	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.
Wir machen darauf aufmerksam, dass durch die Ausweisung von Kompensationsflächen die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten	Der Hinweis wird ggf. beachtet.

landwirtschaftlicher Betriebe nicht eingeschränkt werden dürfen.

8.2 - Satzungsbeschluss
Vorlage: HES/2022/025
Sachverhalt:
Der Rat der Gemeinde Hesel hat in seiner Sitzung am 20.08.2018 die Aufstellung und Neufassung der rechtsgültigen Bebauungspläne 33 "Hesel-West" einschl. seiner 3 Änderungen und Nr. 42 „Hesel-Rüschen" einschl. seiner 1. Änderung beschlossen. Das Plangebiet der bisherigen Pläne wurde im Geltungsbereich des neuen Bebauungsplanes HE 12 „Hesel-West-Rüschen“ zusammengefasst.

Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes HE 12 „Hesel-West-Rüschen“ ist das Ziel verbunden, die absehbar sehr unterschiedlichen Verwertungsinteressen der Eigentümer, die durch den Generationenwechsel in den letzten Jahren verstärkt eingetreten sind, verbindlich zu regeln und gleichzeitig eine verträgliche bauliche sowie strukturelle Weiterentwicklung für diesen Siedlungsbereich zu steuern.

Der Aufstellungsschlüsse für die Neufassung der Bebauungspläne wurde vom 21.01.2018 bis 30.08.2018 ortsüblich bekannt gemacht.

Das frühzeitige Beteiligungsverfahren der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB für die Planung HE 12 „Hesel – West-Rüschen wurde in der Frist vom 17.07.2019 bis zum 19.08.2019 durchgeführt. Neun Stellungnahmen sind eingegangen.

Das frühzeitige Beteiligungsverfahren der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB für die Planung HE 12 „Hesel – West-Rüschen“ wurde mit Schreiben vom 17.07.2019 gestartet. Gelegenheit zur Stellungnahme bis zum 19.08.2019 gegeben.

Über die Abwägungsvorschläge wurde in HES/2021/053 abgestimmt.

Über das Beteiligungsverfahren der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie über das Beteiligungsverfahren der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB für die Planung HE 12 „Hesel – West-Rüschen“ wurde in HES/2021/053 abgestimmt

Das Beteiligungsverfahren der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für die Planung HE 12 „Hesel – West-Rüschen“ wurde in der Frist vom 04.04.2022 bis zum 04.05.2022 durchgeführt. Stellungnahmen sind keine eingegangen.

Das Beteiligungsverfahren der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB für die Planung HE 12 „Hesel – West-Rüschen“ wurde mit Schreiben vom 23.03.2022 gestartet. Gelegenheit zur Stellungnahme wurde bis zum 23.04.2022 gegeben.

Nachdem über die eingegangenen Anregungen entschieden wurde, kann der Bebauungsplan HE 12 „Hesel – West-Rüschen“ als Satzung gem. § 10 Abs. 1 BauGB beschlossen werden.

Sitzungsverlauf:
Ohne weitere Aussprache ergeht einstimmig (12 Ja-Stimmen) folgender Beschluss:

Beschluss:

1. Der nach der Abwägungsentscheidung vorliegende Bebauungsplan HE 12 „Hesel – West-Rüschen“ vom 20.05.2022 wird als Satzung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB beschlossen.

9 Städtebauförderung in Niedersachsen
Vorlage: HES/2022/006

Sachverhalt:

Die Städte und Gemeinden in Niedersachsen stehen vor großen Herausforderungen. Der demografische Wandel, Anforderungen von Klimaschutz und -anpassung und soziale sowie ökonomische Anpassungsprozesse, die z.B. durch die Folgen der Corona-Krise hervorgerufen werden, prägen den Aufgabenumfang der Städte und Gemeinden langfristig.

Das Land Niedersachsen unterstützt die Städte und Gemeinden dabei und fördert die Herstellung nachhaltiger städtebaulicher Strukturen mit den Programmen der Städtebauförderung. Für die Landesregierung ist die Städtebauförderung eines der wichtigsten Instrumente zur Förderung von nachhaltiger Stadtentwicklung. Sie trägt dazu bei, die Ziele einer sozial, wirtschaftlich und ökologisch ausgewogenen Stadtentwicklungspolitik zu konkretisieren.

Das örtliche Baugewerbe und das Handwerk profitieren nachhaltig von den Investitionen. Städtebauförderungsmittel haben ganz erhebliche ökonomische Anstoßwirkungen auf private Anschlussinvestitionen in den Fördergebieten und dabei entscheidenden Einfluss auf die Handelsfunktion gerade in den Innenstädten. Jeder Euro für die Städtebauförderung löst ein Vielfaches an zusätzlichen öffentlichen und privaten Folgeinvestitionen aus und trägt somit auch zu einer beschäftigungswirksamen Verbesserung der Auftragslage in der niedersächsischen Bauwirtschaft bei.

Ziele der Städtebauförderung sind z.B.:

- Herstellung nachhaltiger städtebaulicher Strukturen in von erheblichen städtebaulichen Funktionsverlusten betroffenen Gebieten, wie z. B. Wohnungsleerstand oder Brachflächen in Innenstädten, insbesondere von Industrie-, Konversions- und Bahnflächen,
- Städtebauliche Maßnahmen zur Behebung sozialer Missstände,
- Stärkung von Innenstädten und Ortszentren, sowie von kleineren und mittleren Städten und Gemeinden im ländlichen Raum in ihrer städtebaulichen Funktion als multifunktionale Orte für Handel, Dienstleistungen, Wohnen und Kultur, auch unter Berücksichtigung des Denkmalschutzes,
- Verbesserung des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel, insbesondere durch Verbesserung der grünen Infrastruktur

Neue Programmstruktur ab 2020

Mit dem Programmjahr 2020 ist es gelungen die Städtebauförderung weiterzuentwickeln und gleichzeitig neu zu strukturieren. Aus den bisher sechs Programmen der Städtebauförderung sind nunmehr drei Programme geworden. Weniger Programme bedeuten zugleich für alle Beteiligten mehr Flexibilität bei der Entwicklung und Erneuerung der ländlichen und städtischen Infrastrukturen für die Bürgerinnen und Bürger, die dort leben.

Durch die Neuaufstellung der Städtebauförderung kann sie den aktuellen Bedürfnissen und strukturellen Herausforderungen, denen sich die Städte und Gemeinden gegenübersehen, Rechnung tragen.

Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel sind, insbesondere durch die Verbesserung der grünen Infrastruktur, zudem seit der Neustrukturierung verpflichtende Fördervoraussetzung für alle Gesamtmaßnahmen der Städtebauförderung.

Zur Veranschaulichung der neuen Struktur in der Städtebauförderung steht im Download eine Kurzinformation zur Verfügung.

Ab dem Programmjahr 2020 stehen diese drei Bund-Länder-Programme zur Verfügung:

1. **"Lebendige Zentren - Erhalt und Entwicklung der Stadt- und Ortskerne"** mit der Zielrichtung, Orts- und Stadtkerne zu erhalten und zu entwickeln,

2. **"Sozialer Zusammenhalt - Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten“** mit der Zielrichtung, eine auf das Quartier bezogene, integrative und vor allem soziale Stadtentwicklung voran zu treiben,

3. **"Wachstum und nachhaltige Erneuerung – Lebenswerte Quartiere gestalten"** mit der Zielrichtung, lebenswerte Quartiere zu gestalten.

Im Rahmen städtebaulicher Gesamtmaßnahmen können die Städtebauförderungsmittel in allen Programmen für eine Vielzahl an Maßnahmen eingesetzt werden.

Dies können beispielsweise sein:

- Grunderwerb,
- Ordnungs- und Erschließungsmaßnahmen,
- Baumaßnahmen,
- Maßnahmen des Denkmalschutzes oder
- Gemeinbedarfseinrichtungen,
- Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel, insbesondere durch die Verbesserung der grünen Infrastruktur

Die bisher sechs Bund-Länder-Programme sind mit Ablauf des Jahres 2019 ausgelaufen und beendet worden. Die zum Teil seit mehreren Jahren laufenden Gesamtmaßnahmen aus diesen alten Programmen werden in einem der drei neuen Programme fortgeführt und können somit planmäßig zum Abschluss gebracht werden.

Antragstellung

Antragsberechtigt für die Städtebauförderung sind die Städte und Gemeinden. Der Antrag ist beim zuständigen Amt für regionale Landesentwicklung einzureichen. Fördervoraussetzung ist ein unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger erstelltes integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept, in dem die Ziele und Maßnahmen im Fördergebiet dargestellt und Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung, sowie Maßnahmen zur Verbesserung der grünen Infrastruktur vorzusehen sind.

Private Personen (in Fördergebieten) haben die Möglichkeit, zu bestimmten Sanierungsmaßnahmen, wie z.B. für die Gebäudemodernisierung, Zuschüsse bei den Städten und Gemeinden zu beantragen.

Die Unterstützung durch die Städtebauförderung ist während der Bauphase und nach Ab-

schluss der Maßnahme zu dokumentieren und zu kommunizieren. Für die öffentliche Darstellung der Städtebauförderung stehen die Logos des Landes Niedersachsen und des Bundes als Download zur Verfügung. Mit dem Kommunikationsleitfaden des Bundes stehen darüber hinaus Anwendervorgaben für die Verwendung des Logos "Städtebauförderung von Bund, Ländern und Gemeinden" zur Verfügung.

Rechtliche Grundlagen

Zur Förderung des Städtebaus gewährt der Bund den Ländern Finanzhilfen gemäß Artikel 104 b Grundgesetz. Nach § 164b Absatz 1 des Baugesetzbuchs (BauGB) geschieht das auf der Grundlage einer jährlich abzuschließenden Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern.

Merkmale einer städtebaulichen Gesamtmaßnahme sind der Gebietsbezug, eine einheitliche Vorbereitung und zügige Durchführung eines Bündels von Einzelmaßnahmen zur städtebaulichen Erneuerung eines bestimmten Gebiets.

In Niedersachsen regeln die Städtebauförderungsrichtlinien die Förderfähigkeit von Maßnahmen und Vorhaben. Die Gemeinden sind im Rahmen ihrer Planungshoheit für die Vorbereitung und Durchführung der städtebaulichen Gesamtmaßnahmen zuständig.

In einer ergänzenden jährlichen Bekanntmachung zur Aufstellung des Städtebauförderungsprogramms werden Hinweise zum Verfahren sowie zu den landesseitigen Schwerpunkten gegeben.

Möglichkeiten Themen für die Gemeinde Hesel

- Stärkung von Innenstädten und Ortszentren in ihrer städtebaulichen Funktion
- Herstellung nachhaltiger städtebaulicher Strukturen in von erheblichen städtebaulichen Funktionsverlusten betroffenen Gebieten, wie z.B. Wohnungsleerstand oder Brachflächen
- Städtebauliche Maßnahmen zur Behebung sozialer Missstände (sozialer Wohnungsbau)

Weitere Informationen zum Thema Städtebauförderung sind unter https://www.staedtebaufoerderung.info/DE/Startseite/startseite_node.html einzusehen.

Hinweis der Verwaltung:

Die Verwaltung hat Kontakt zum Büro Diekmann, Mosebach & Partner aufgenommen um sich hinsichtlich möglicher Förderungen und Antragstellung zu dem Thema "Entwicklung Hesel-Südwest" beraten lassen. Das Büro hat unter Hinzuziehung von externen Beratern bereits ähnlich gelagerte Projekte erfolgreich begleitet. Einschätzungen zu der Realisierbarkeit werden im September vorliegen.

Sitzungsverlauf:

Herr Dählmann stellt fest, dass der Gemeinderat den Sachverhalt zur Kenntnis genommen hat.

10 Prioritätenliste für den weiteren Straßenausbau 2023 - 2027
Vorlage: HES/2022/029
Sachverhalt:

Die Gemeinde Hesel ist Straßenbaulastträgerin der in ihrem Gebiet verlaufenden Gemeindestraßen und folglich für den Bau und die Unterhaltung des Straßennetzes verantwortlich.

Die Finanzierung des Straßenbaus erfolgt bei der erstmaligen Erschließung über die sog. Erschließungsbeiträge gem. § 127 BauGB, welche entweder über den Kaufpreis bei Neubaugebieten abgewickelt werden oder alternativ per Gebührenbescheid festzusetzen sind. Straßen haben eine regelmäßige Nutzungsdauer von 25 Jahren.

Erfolgt nach Ablauf dieser Nutzung eine grundlegende Erneuerung der Anlage wie beispielsweise eine Erneuerung der Fahrbahn, so erfolgt die Finanzierung der notwendigen Auszahlungen über die sog. Straßenausbaubeiträte (neuer Begriff: Verkehrsanlagenbeiträge). Rechtsgrundlage für die Erhebung ist die bestehende Beitragssatzung vom 30.03.2021.

Zuletzt wurde die Straße Im Brink im Zentrum von Hesel ausgebaut. Die Veranlagung der Beiträge steht noch aus, da die Schlussrechungen noch nicht vorliegen.

Für den weiteren Straßenausbau in der Gemeinde Hesel soll eine Prioritätenliste die Grundlage für die Planung der nächsten Jahre bilden.
In der Prioritätenliste wird der mittel- und langfristige Investitionsbedarf in der Gemeinde dargestellt. Die Prioritäten werden nach Dringlichkeit der Maßnahmen gesetzt.

Folgende Liste ist als Vorschlag der Verwaltung zu sehen und dient als Grundlage zur Meinungsäußerung, Fortschreibung, Überarbeitung etc. durch die jeweiligen Gremien.

Jahr	**Straße**
2023	Kirchstraße / Kiefelder Straße, Hesel
2024	Friedewaldstraße, Hesel
2025	Wehrden, Hesel
2026	Dorfstraße, Klein-Hesel
2027	Höster Straße, Neuemoor

Folgende Liste ist als Vorschlag des Ausschusses für Bau, Klima und Gemeindeentwicklung nach der Durchführung der Bereisung zu sehen:

1. Dorfstraße
2. Wehrden
3. Barther Straße
4. Höster Straße
5. Friedewaldstraße
6. Kirchstraße / Kiefelder Straße

Die „Abarbeitung“ der Prioritätenliste 2023-2027 erfolgt durch die Aufnahme der Maßnahmen in die Haushaltsplanung bzw. den mittelfristigen Finanzplan für die folgenden Jahre. Die

zeitliche Umsetzung der in der Prioritätenliste beschlossenen Maßnahmen ist grundsätzlich von den jährlichen allgemeinen und zweckgebundenen investiven Zuweisungen sowie von „freien“ liquiden Mitteln abhängig. Die Erfahrungen bei der Durchführung von Baumaßnahmen zeigen aber auch, dass sich der Beginn bzw. die Fertigstellung aus verschiedenen Gründen zeitlich nach hinten verschieben können.

Sitzungsverlauf:
Gerd Dählmann bittet um Aufnahme in die Niederschrift, dass der Sachverhalt in der Vorlage irreführend ist, da die Auflistung der Straßen dort eine Andere ist als im Beschlussvorschlag. Der Vorschlag des Bauausschusses soll zudem in dem Sachverhalt aufgeführt werden.

Zudem bittet Herr Minor um Aufnahme in die Niederschrift, dass ein Satz in den Sachverhalt hinzugefügt werden soll, warum die Dorfstraße auf der Prioritätenliste ganz oben steht. Außerdem soll die Bereisung namentlich erwähnt werden.

Hinweis der Niederschriftführung:
Die Prioritäten wurden aufgrund des Schadensbildes sowie der Frequentierung der einzelnen Straßen gewählt. Das größte Schadensbild der Straßen weißt die Dorfstraße auf.
Ebenfalls besteht hier sehr starke Verkehrsbelastung.

Sodann ergeht einstimmig (12 Ja-Stimmen) folgender Beschluss:

Beschluss:
Der Straßenausbau der Gemeinde Hesel im Zeitraum 2023 bis 2027 nach folgender Priorität erfolgen:

7. Dorfstraße
8. Wehrden
9. Barther Straße
10. Höster Straße
11. Friedewaldstraße
12. Kirchstraße / Kiefelder Straße

Die Verwaltung wird beauftragt durch ein Ingenieurbüro Bodenuntersuchungen sowie Kostenermittlung für den Straßenausbaues der Dorfstraße durchzuführen zu lassen.

Aufgrund der Tatsache, dass der Dorfweg zum Teil im Eigentum der Gemeinde Hesel sowie der Samtgemeinde Hesel stehen, werden Gespräche mit der Samtgemeinde Hesel gesucht, um einen gemeinsamen zeitgleichen Ausbau des Dorfweges anzustreben.

11 Radewegekonzept für die Ortsdurchfahrt der Bundesstraße und Landesstraße in Hesel - Beschlussfassung
Vorlage: HES/2022/035
Sachverhalt:
Das Ingenieurbüro Thalen Consult wurde mit der Erstellung eines Radwegekonzeptes für die Ortsdurchfahrt von Hesel beauftragt.
Krankheitsbedingt und aufgrund der Auswirkungen durch die Corona-Pandemie hat sich die Bearbeitung leider verzögert.

In den vergangenen Sitzungen wurden bereits erste Einblicke in den Bearbeitungsstand gegeben. Geplant ist für den 24.06.2022 eine Vorstellung des vollständigen Konzepts.

Bei der letzten Beratung am 31.05.2022 hat sich herauskristallisiert, dass die Option zur Beibehaltung der bestehenden Grünanlagen verbunden mit großräumigen Flächenerwerb zum Ausbau der Radwege nicht umsetzbar erscheint und daher nicht weiter verfolgt werden sollte.

Die Planunterlagen werden derzeit noch weiter bearbeitet. Soweit neue Stände vorliegen, werden diese, dieser Vorlage hinzugefügt.

Sitzungsverlauf:
Nach einer kurzen Aussprache ergeht einstimmig (12 Ja-Stimmen) folgender Beschluss:

Beschluss:
Der Rat der Gemeinde Hesel beschließt das vorgelegte Radwegekonzept für die Ortsdurchfahrt der Bundesstraße und Landesstraße in Hesel. Die Verwaltung wird beauftragt

- eine Kostenschätzung für die Umsetzung einzuholen
- zu prüfen, ob Fördermöglichkeiten hinsichtlich der Verbesserung für den Radverkehr eingeworben werden können,
- das Konzept bei den weiteren Planungen in Abstimmung mit der NLStBV als Trägerin der Straßenbaulast zu verfolgen.

12 Grundsteuerreform in Niedersachsen
Vorlage: HES/2022/012

Sachverhalt:
Der Niedersächsische Landtag hat am 07.07.2021 ein Grundsteuergesetz verabschiedet, dem das vom Land selbst entwickelte Flächen-Lage-Modell zu Grunde liegt. Das Land hat damit eine eigene, einfache und gerechte Grundsteuer bekommen.
Die Grundsteuer wird von den Städten und Gemeinden, in deren Gebiet sich der Grundbesitz befindet, erhoben und die Einnahmen fließen auch ausschließlich den Städten und Gemeinden zu. Derzeit sind das in Niedersachsen jedes Jahr rund 1,4 Milliarden Euro. Damit zählt die Grundsteuer zu den wichtigsten Einnahmequellen der Städte und Gemeinden. In der Gemeinde Hesel liegt das Grundsteueraufkommen bei rund 800.000 Euro.

Die Gemeinde Hesel ist in mehrfacher Hinsicht von der Grundsteuerreform betroffen:

- Als **Steuerpflichtige** für jede der Gemeinde gehörende wirtschaftliche Einheit sowie
- Als **Steuergläubigerin** für jede wirtschaftliche Einheit, die im Zuständigkeitsbereich der Gemeinde belegen ist.

Grundsätzlich müssen für alle unbebauten und bebauten Grundstücke Grundsteuererklärungen in elektronischer Form abgegeben werden.

Soweit Grundbesitz unverändert vollständig der Steuerbefreiung für bestimmte Rechtsträger nach § 3 Grundsteuergesetz (GrStG) oder unverändert vollständig der Steuerbefreiung nach § 4 GrStG unterliegt, wird auf die Abgabe einer Grundsteuererklärung verzichtet, wenn dieser Grundbesitz bisher nicht mit einem Aktenzeichen beim Finanzamt steuerlich erfasst ist. Alle Eigentümer und Eigentümerinnen, deren Grundbesitz bereits beim Finanzamt steuerlich erfasst ist, werden zwischen Mai und Juni 2022 ein ausführliches Informationsschreiben des zuständigen Finanzamtes erhalten. Diese Fälle sind nicht von dem Verzicht auf die Abgabe

einer Grundsteuererklärung betroffen mit der Folge, dass eine Grundsteuererklärung auch dann abzugeben ist, wenn der Grundbesitz vollständig steuerbefreit ist. Eine Aufforderung zur Erklärungsabgabe durch das Finanzamt im Einzelfall bleibt vorbehalten.

Mit der Umsetzung der Grundsteuerreform ändert sich das Verfahren der Bereitstellung der Daten aus dem Grundsteuermessbescheid. Die Übermittlung der Grundsteuermessbeträge an die Gemeinden erfolgt zukünftig **ausschließlich in elektronischer Form** über das Verfahren ELSTER-Transfer.

Ein besonderes Serviceangebot ist der sogenannte Grundsteuer-Viewer:
ein kostenfreies und selbsterklärendes Programm, welches direkt während der Bearbeitung der Erklärung aus Mein ELSTER heraus zur Verfügung gestellt wird. Über folgenden Link kann der Grundsteuer Viewer aufgerufen werden:
https://staging.grundsteuer-vie-wer.niedersachsen.dev/b?center=53.306928816975926%2C7.594850965000006&zoom=18.48&marker=53.306936893725336%2C7.594860062968439&stichtag=2022-01-01&flurstuecke=0829029000450012

Für die Berechnung des Lagefaktors gelten in unseren Mitgliedsgemeinden folgende durchschnittliche Bodenrichtwerte

Brinkum	39 €/qm
Firrel	32 €/qm
Hesel	40 €/qm
Holtland	45 €/qm
Neukamperfehn	25 €/qm
Schwerinsdorf	30 €/qm

Sitzungsverlauf:
Nach einer kurzen Aussprache stellt Herr Dählmann fest, dass der Gemeinderat über den Sachverhalt informiert wurde.

13 Anträge

13.1 Antrag der SPD-Fraktion über die Beauftragung der Verwaltung zur Schaffung einer Erinnerungsstätte
Vorlage: HES/2022/036

Sitzungsverlauf:
Frau Berghaus erklärt den Hintergrund des Antrages.

Daraufhin berichtet Herr Dominik, dass die Schule Kloster Barthe in die Richtung bereits etwas umgesetzt hat.

Herr Dählmann schlägt vor, diesen Antrag im Ausschuss für in den Ausschuss für Jugend, Sport, Kultur und Soziales zu beraten.

Herr Bruns bittet die Verwaltung, bei der Ostfriesischen Landschaft anzufragen, ob die uns noch Informationen zur Verfügung stellen können.

Sodann ergeht einstimmig (12 Ja-Stimmen) folgender Beschluss:

Beschluss:
Der Antrag der SPD-Fraktion über die Beauftragung der Verwaltung zur Schaffung einer Erinnerungsstätte wird an den Ausschuss für Jugend, Sport, Kultur und Soziales verwiesen.

14 Anfragen

14.1 Anfrage von Herrn Werner Baumann über die Geschwindigkeitsmessung in der Gemeinde Hesel

Herr Baumann erklärt, dass vor geraumer Zeit Geschwindigkeitsmessungen an der Klaaverstückenstraße zwischen 10 Uhr und 12 Uhr durchgeführt wurde. Er erklärt, dass dieser Zeitraum nicht besonders aussagekräftig ist und fragt an, ob die Messungen erneut zu einer vielbefahrenden Zeit durchgeführt werden könnten.

Frau Nannen sagt, dass sie diese Anfrage aufnimmt und an den zuständigen Sachbearbeiter weitergibt.

14.2 Anfrage von Frau Melanie Nonte zur Gestaltung des Parks der Villa Popken

Frau Nonte fragt an, warum die Gestaltung des Parks der Villa Popken im Bauausschuss behandelt wird. Sie erklärt, dass für die konzeptionelle Gestaltung der Jugend, Sport, Kultur und Sozial-Ausschuss zuständig ist. Dieser hat vor einigen Jahren einen Arbeitskreis einberufen. Ein erstes Treffen hat zwecks erster Ideensammlung stattgefunden. Ein Konzept wurde allerdings nicht erarbeitet im Arbeitskreis und dem Ausschuss. Es muss wieder zurück an den zuständigen Ausschuss gegeben werden.

Frau Nannen stimmt das weitere Verfahren zur Beratung die die Gestaltung des Parks der Villa Popken intern ab.

Auszug aus der Niederschrift aus dem Ausschuss für Bau, Klima und Gemeindeentwicklung vom 24.06.2022:

Beratung über das weitere Vorgehen für die Instandsetzung des Parks
Sachverhalt:
Der Park bei der Villa Popken soll wiederbelebt und aufgewertet werden. Die Wege sollten mit einem hellen pflegeleichten Schotterbelag versehen und ein Beleuchtungskonzept zur Ausleuchtung des Parks z.B. Beleuchtung der Bäume, Wegebeleuchtung etc. erstellt werden.

Die Herstellung einer Auspflasterung im Park für Sitzmöglichkeiten der Gäste des Café sollte angestrebt werden.

Des Weiteren ist der Parkplatz hinter der Tourist-Info neu herzurichten.

Sitzungsverlauf:
Nach kurzer Aussprache ergeht einstimmig (5 Ja-Stimmen) folgender Beschluss.

Beschluss:
Die Verwaltung wird mit folgendem beauftragt:

1. Einholung einer Kostenschätzung für die Herrichtung des Parkplatzes hinter der neuen Tourist-Info.

2. Einholung einer Kostenschätzung für die Neugestaltung der Wege im Park mit hellem pflegeleichtem Schotter.

3. Einholung eines Beleuchtungskonzeptes von einer Fachirma (z.B. Firma Coldewey aus Westerstede) für den Villa Popken Park inklusive Kosten.

15 Einwohnerfragen zu den abgehandelten Tagesordnungspunkten und anderen Gemeindeangelegenheiten

Die Einwohnerfragen werden abschließend beantwortet.

16 Schließung der Sitzung

Herr Dählmann bedankt sich bei den Anwesenden für die rege Teilnahme und schließt die Sitzung um 21:17 Uhr.

Bürgermeister	stellv. Gemeindedirektorin	Protokollführer(in)
Gerd Dählmann	Andrea Nannen	Lisa-Marie Freese